

Handyverbot in Schulen: Bildungsminister plant drastischen Schritt!

Im März 2025 kritisiert FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz die Einwanderungspolitik der ÖVP und fordert Maßnahmen gegen Überforderung in Schulen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 19. März 2025 sorgte die FPÖ unter der Führung von Generalsekretär Michael Schnedlitz für Aufsehen mit ihrer scharfen Kritik an der Bundesregierung bezüglich des Familiennachzugs und der illegalen Einwanderung. Schnedlitz bezeichnete den von der ÖVP angekündigten Stopp des Familiennachzugs als einen „miesen Taschenspielertrick“ und betonte, dass die „System-Ampel“ mit ihren Maßnahmen die Überforderung der Schulen nicht lösen könne. Laut **ots.at** ist die Anzahl der illegalen Einwanderer, die seit 2020 unter dem Deckmantel des Asyls ins Land gekommen sind, auf über 250.000 gestiegen, was erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit und das Bildungssystem hat. Schnedlitz warnte, dass die ÖVP wenig Interesse an einer restriktiven Einwanderungspolitik zeige und mit markigen Sprüchen lediglich versuche, die Bevölkerung zu täuschen.

In einem anderen entscheidenden politischen Bereich hat Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS) ein österreichweites Handyverbot an Schulen gefordert, um die Konzentration der Schüler zu fördern. Am Montag wird er seine Pläne dazu vorstellen, die bundesweit gelten sollen, um die Nutzung von Handys während des Unterrichts und in Pausen zu regulieren. Diese Initiative trifft auf Rückhalt bei Experten, wie dem Mediziner Hans-Peter Hutter, der die gesundheitlichen

Risiken der exzessiven Handynutzung für Jugendliche betont. Dies berichtet oe24.at. Hutter hob hervor, dass Mobilgeräte zu Konzentrationsschwierigkeiten führen und damit die Lernfähigkeit der Schüler erheblich beeinträchtigen können, was die Notwendigkeit eines einheitlichen Rahmens unterstreicht.

Die Pläne Wiederkehrs sind als Versuch zu werten, die zunehmende Ablenkung im Klassenzimmer zu bekämpfen – ein Thema, das die Lehrkräfte und Eltern sehr beschäftigt. Trotz der breiten Unterstützung für das generelle Verbot gibt es jedoch auch Kritik. Die ÖVP stellte den Vorschlag infrage und wertete ihn als Ablenkung von wichtigeren bildungspolitischen Themen wie der Deutschförderung. Die Diskussion rund um Handynutzung und Einwanderung in Österreich könnte somit in den kommenden Wochen weiter an Intensität gewinnen.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at